

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 16.

Mittwoch, 7. Februar.

1877.

An alle Genüßgenossen!

Zum Wahlfonds sind in kürzester Frist noch Gelder erforderlich, um die Nachwahlen in Altona, Glauchau-Weerane und Breslau unsererseits mit Erfolg betreiben zu können. Sendungen sind zu richten an August Weib, Hamburg, Ködingsmarkt 12.

Die Reichstagswahlen.

Das Resultat sämtlicher 397 Wahlen für den deutschen Reichstag ist nun bekannt. Gewählt sind: 39 Conservative, 32 Freiconservative, 146 Nationalliberale und Anhängel, 33 Fortschrittler, 93 Centrumseute, 13 Polen, 9 Partikularisten, 15 Elsaß-Lothringer, 4 Vertreter der „Volkspartei“, 13 Sozialisten.

Um die „Bewegung“ der Parteien, ihr Wachstum und ihren Verfall klar zu überschauen, müssen wir die Zusammensetzung des neuen Reichstags mit der seiner Vorgänger vergleichen.

Im Reichstage des Norddeutschen Bundes (1867) zählten: die Nationalliberalen 97, die Conservativen 55, die freien Conservativen (im Allgemeinen den späteren Neconservativen entsprechenden) 40, das Centrum (unter welchem Namen sich damals allliberale und freiconservative Elemente vereinigten, z. B. Baumgarten, Max Dunder, Sanger u.) 27, die Linke (Fortschritt) 19 Mitglieder, Sozialisten 7. Im ersten deutschen Reichstage gestaltete sich nach den Wahlen von 1871 das Parteiverhältnis wie folgt: Nationalliberale 116, Centrum (unter welchem Namen von jetzt an die Ultramontanen auftraten) 61, Conservative 53, Fortschrittspartei 45, Reichspartei 35 (später 36), liberale Reichspartei 28 (später 30), Polen 12, Wilde 23, darunter 1 Sozialdemokrat (6 Mandate waren in der Session erledigt). Die letzte Session des ersten Reichstages (1873) weist folgende Zahlen auf: Nationalliberale 115, Centrum 66, Conservative 50, Fortschrittspartei 45, deutsche Reichspartei 34, liberale Reichspartei 30, Polen 13, Wilde 23, darunter 1 Sozialdemokrat, erledigt 6. Nach den Neuwahlen von 1874 traten die Parteien in der ersten Session in folgender Stärke auf: Nationalliberale nebst Anhängel (die ehemalige liberale Reichspartei u. s. w.) 170 (später 173), Fortschritt 47 (später 38 durch Absonderung der Gruppe Löwe), Centrum 94 (später 92), deutsche Reichspartei 31, Conservative 21, Polen 14, Sozialdemokraten 9. In der Session von 1876 zählten: Nationalliberale und Anhängel 170, Fortschritt (ohne Gruppe Löwe) — 10 — 36, Centrum 93, deutsche Reichspartei 32, Conservative 20, Polen 13, Sozialdemokraten 9.

Nehmen wir die zwei im Reichstag am zahlreichsten vertretenen Parteien, die Nationalliberalen und Ultramontanen.

Die Nationalliberalen 1867: 97; 1871: 116; 1874: 170; 1877: 148.

Die Ultramontanen 1867: 27; 1871: 61; 1874: 93; 1877: 93.

Diese Zahlen sind äußerst lehrreich. Sie zeigen, daß Verfolgung die Parteien nur kräftigt, während andererseits die stärkste Partei, selbst wenn sie die herrschende ist und über die Staatsmaschinerie verfügt, zerbröckeln muß, sobald das Volk sich von ihrer Gemeinshaftigkeit zu überzeugen beginnt. Die Centrumspartei ist am mächtigsten geworden im Toben des Kulturkampfes. Jetzt, wo der Kampf eingestellt ist und eigentlich nur noch zum Schein unterhalten wird, hat auch das Centrum keinen Zuwachs bekommen und präsentiert sich genau mit dem alten Bestand. Der Sozialismus, dessen Wachstum in ähnlicher Weise künstlich beschleunigt wurde, hat — von seiner wissenschaftlichen Grundlage abgesehen — vor dem Ultramontanismus den Vortheil voraus, daß die Verfolgungen nicht eingestellt sind, und daß die Herren Trossendorf und Compagnie mit ungeschwächten Kräften für uns Propaganda machen. Recht deutlich tritt der Verfall der liberalen Parteien aus obigen Ziffern entgegen. Verglichen mit dem 1874 gewählten Reichstag haben sie im Ganzen 37 Mitglieder verloren: die Fortschrittspartei 3, die nationalliberale Partei nebst Anhängel, einschließlich der Gruppe Löwe, 34. Für diese Partei der politischen Heuchelei und der Prinziplosigkeit als Prinzip war der 10. Januar 1877 allerdings ein Volksgericht. Der Januar 1880 wird noch unerbittlicher sein, daher der charakteristische, das schlechte Gewissen der Herren so recht deutlich verrathende Vorschlag, die Legislaturperiode des jetzigen Reichstages um vier Jahre zu verlängern, also sie sieben Jahre dauern zu lassen, statt der verfassungsmäßigen drei.

Unsere Gegner fangen zum Theil an, sich des Petergeschreies zu schämen, in das sie nach Bekanntwerden der sozialistischen Wahlerfolge ausbrachen, und wollen nun gar so thun, als seien sie keineswegs überrascht worden und hätten auch nie an neue Reaktionsmaßregeln gedacht. Am komischsten geberdet sich in dieser Beziehung die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“; nachdem sie noch Tags zuvor mit der ihr eigenen Schamlosigkeit das Denunziationsgeschäft gegen unsere Partei ausgeübt, schreibt sie am 1. d. M.:

„Der „Vorwärts“ läutet aus Leibeskraften Sturm, signalisirt das unmittelbare Hervorbrechen der rothen Reaction, die Aufhebung jeglicher Freiheit, insbesondere des allgemeinen Wahlrechts, der Vereins- und Pressfreiheit u., und führt als Grund seiner Behauptung die Furcht und Beschränkung an, die seiner Auslage zufolge über die Siege des Sozialismus unter den besitzenden Klassen, unter den Liberalen und weiß Gott wo sonst noch herrschen sollen. Der „Vorwärts“ liebt es, mit sehr grellen Farben aufzutragen, und das soll ihm auch angedonnen sein; er wird

aber ehrlich genug sein, zuzugestehen, daß es viele Kreise gegeben hat, die über die Erfolge der Sozialdemokratie gar nicht überrascht, die vielmehr verwundert sind, daß sie nicht noch bedenklicher waren. Man kann dem „Vorwärts“ zum Ueberflus versichern, was er ja ohnehin schon genau weiß (!), daß die Staatsleitung Deutschlands und Preußens auch unter der Zahl der Nichtüberraschten und Nichtüberrumpelten sich befindet, daß man das Wachstum der sozialistischen Partei da zu genau verfolgt hat, als daß man nicht längst Warnungszeichen hätte aufziehen sollen. Allein da die Gefahr sich nun doch geringer herausgestellt hat, als man glaubte annehmen zu sollen, so läßt es sich ja erträglich, dem festina lente*) Rechnung zu tragen. Ueberhaupt lieben Staatsmänner, die von ihrem Metier wirklich etwas verstehen, ernste und heikle Fragen dilatorisch (!) zu behandeln und abzuwarten, ob die allgemeine Vernunft nicht von selbst, ohne Anwendung scharfer Mittel, zum Durchbruch gelangen wird.“

So die „Norddeutsche“, mit deren Schreibweise wir uns hier nicht befassen wollen. Wir möchten ihr bloß die Frage vorlegen, woher sie, als Organ, das nach den bestimmtesten amtlichen und nichtamtlichen Erklärungen, ja nach der kategorischen Aussage des Fürsten Reichsanzlers selbst, außer jeder Beziehung zur Regierungskreisen und speziell zur Staatsleitung Deutschlands und Preußens“, d. h. des Fürsten Bismarck steht, ihre Information über die geheimsten Ansichten und Absichten der Staatsleitung Deutschlands und Preußens“, d. h. des Fürsten Bismarck bekommen hat? Die gute „Norddeutsche“ hat eben wieder einmal geflunkert. Was die Ansichten und Absichten des Fürsten Bismarck betrifft, so schmeicheln wir uns, dieselben ebenso gut zu kennen, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Daß der genannte geniale Staatsmann sich um unsere Sache ein unzahlbares Verdienst erworben hat, ist von uns wiederholt, ja schon im Reichstag, dankend hervorgehoben worden, allein bis heute haben wir nicht zu entdecken vermocht, daß er auch nur das ABC der sozialistischen Strebungen begriffen, das Wesen der sozialistischen Bewegung erfaßt habe. Kurz, daß Fürst Bismarck für uns agitirt, in Wirklichkeit unser bester Agitator ist, steht fest, daß er aber die Wirkungen seiner Agitation so richtig vorausgesehen habe, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet, wird Niemand uns einreden. Doch lassen wir das. Es soll uns lieb sein, wenn unsere leitenden Staatsmänner wirklich ganz unbemerkt von dem „staatsmännischen“ Geist erfüllt worden sind, welchen die „Norddeutsche Zeitung“ ihnen zuschreibt. Richtiger, es sollte uns nicht lieb sein, denn auf dem bisherigen Weg kommen wir schneller zum Ziel, gelangt „die allgemeine Vernunft“ rascher „zum Durchbruch“.

Doch wir können unbefragt sein. Der Vater der Strafgesetznovelle wird sein Versprechen, dieselbe wieder dem Reichstag vorzulegen und mit Hilfe des „rothen Geipensies“ durchzudrücken, unzweifelhaft erfüllen, wenn auch nur „dilatorisch“, zu deutsch: wann es ihm paßt.

Und die „allgemeine Vernunft“! Arme Norddeutsche, hast Du die ultima ratio des preussischen Monarchen vergessen? Wir kennen Staatsmänner, für die noch heute die ultima ratio (der Krupp'schen Gussstahlanonen) mit der „allgemeinen Vernunft“ zusammenfällt.

Die „Reptilienblätter“ mögen sich noch so sehr dagegen verwahren, daß Reaktionsmaßregeln geplant werden — die Logik der Thatsachen ist stärker als der Wille der Menschen. Die politischen Gegenstände werden sich schärfer und schärfer zuspitzen, und, so lange nicht vollkommene Freiheit herrscht, so lange es Unterdrücker und Unterdrückte giebt, wird mit dem Gegendruck von unten nach oben auch der Druck von oben nach unten sich vermehren — so lange vernachlässigen, bis die Maschine den Dienst verläßt oder der Dampfkessel platzt. So war es, so ist es, so wird es sein.

Der politische Kampf in den Vereinigten Staaten.

Columbia in Südkarolina, 13. Januar.

Die bangste Ungewißheit in Betreff der künftigen Gestaltung der Dinge lastet gegenwärtig auf dem amerikanischen Volke. Ist es die Unentschiedenheit der Frage, ob Hayes oder Tilden als Präsident insallirt werden soll, oder die Ahnung, daß ein Ende der wirtschaftlichen Krisis vorläufig nicht abzusehen ist? Jedenfalls sind die ehemaligen sanguinischen Hoffnungen bedeutend gesunken, nachdem man immer mehr einzusehen beginnt, daß die Prosperität eines Landes nur in gewisser Beziehung von dem Siege einer Partei abhängt; eine Annahme, die im besagten Falle aber hinfällig ist, da beide Parteien durch und durch corrumpt sind und nicht den mindesten Anspruch auf das Vertrauen des Volkes besitzen. Mit dem Volk, von welchem hier die Rede ist, kann natürlich nur die Masse gemeint sein, welche noch jeder Einsicht in die heutigen Staatsverhältnisse ermangelt; eine Masse, die ihre Stimmen auf zwei Männer vereinigt, von denen jeder im Falle seiner Wahl ganz bestimmt nur sein, d. h. das Interesse der herrschenden Klasse berücksichtigen, niemals aber den Leiden des Volkes die gebührende Aufmerksamkeit schenken wird. Und leidet denn das Volk? Eine Frage, die eigentlich gar keiner Beantwortung bedürftig. Man blide nach den Industriestaaten des Ostens, wo ein granenhaftes Elend herrscht, oder nach den westlichen und südlichen Ackerbaustaaten, wo in gleichem Maße die Armuth schredlich zu Tage tritt. Dazu kommen speziell im Süden noch die provozirten Staatswirren, die vollends jede Hoffnung auf einen auch nur momentanen Aufschwung der Wirtschaft auf keine erhellen. Was in

letzter Zeit in den Staaten Louisiana, S. Karolina und Florida sich ereignete, war die notwendige Folge des amerikanischen Regierungssystems, wie solches in den letzten zwölf Jahren der Herrschaft der republikanischen Partei zur Geltung kam. Auf eine dauernde Lebensfähigkeit kann solche Wirtschaft nicht rechnen; ebensowenig aber kann eine Wendung zum Besseren eintreten, so lange beide Parteien das eigentliche Volk im Schach halten. Es ist „der Kampf um die Deute“, der sich jetzt in der Union abspielt, nicht ein Läuterungsprozeß des amerikanischen Volkes, wie von den großen Blättern der anglo-amerikanischen Presse, dem New-Yorker „Herald“ und der „Times“ läugerisch versichert wird. Man sieht, wie Betrügereien von den höchsten wie von den niedrigsten Beamten verübt werden, die Presse deckt sie auf und theilt sie bis in die kleinsten Details mit; damit aber glaubt sie ihre Aufgabe erfüllt zu haben, denn die Entrüstung des Volkes darf und soll nicht wachgerufen werden. Es müssen wahrscheinlich noch ganz andere Ereignisse eintreten, viel überwältigenderer Natur, ehe die Geduld des Volkes wirklich zu Ende geht.

Die Arbeiterklasse im Besonderen verhält sich alledem gegenüber gleichgültig. Natürlich machen die sozialistischen Arbeiter eine Ausnahme, aber ihre Zahl ist noch gering und folglich ohne jeden Einfluß auf das Getriebe der Staatsmaschine. In einem kürzlich erschienenen Artikel des „Vorwärts“, „Die Nationalwahlen in der Union“, wurde des Näheren angeführt, weshalb die amerikanischen Arbeiter noch nicht die achtunggebende Stellung einnahmen, die ihnen gebührt. Schreiber dieses schließt sich dem vollkommen an, er hat auch die Ueberzeugung, daß eine der Ursachen die ist: daß sich die Thätigkeit der Arbeiter zu ausschließlich auf die einzelnen Kreise beschränkt, statt den Gegnern mit praktischen Maßregeln entgegen zu treten und ihre Handlungen zu vereiteln. — Die Frage, ob „politisch“ oder „gewerlich“ das erstehende Ziel zu erreichen ist, mag Manche noch als eine offene erscheinen, für den mit hiesigen Verhältnissen Bekannten ist sie bereits entschieden; es ist notwendig, die herrschende Klasse auf den Boden bekämpfen, wo sie dem arbeitenden Volk entgegentritt. Bei der letzten Wahl haben Willkuren ihre Stimmen denen gegeben, welche ihre erklärten Feinde sind; und gerade diejenigen, welche schon in Vereinen organisiert sind, haben ein ganz erhebliches Contingent dazu gestellt. Andererseits kann als positiv angenommen werden, daß Arbeiter ganz passiv geblieben sind, aber eben diese Unthätigkeit macht die herrschende Klasse sich zu nuge.

Bei der letzten Wahl wurde mit einer wahren Erbitterung gekämpft. Die Redner beider Parteien versuchten mit der ganzen Kunst der Beredsamkeit, ihrer resp. Partei zum Siege zu verhelfen. Und so wie das Volk die Blätter mit Eifer las, ebenso aufmerksam lauschte es den Rednern. Die ungeheure Aufregung, welche sich aller Gemüther bemächtigte, zeigte jedem Unbefangenen, mit welchem Interesse das Volk den Regierungswechsel verfolgt. Dabei kommt nicht in Betracht, welcher Art dieselbe ist, nur das Vorhandensein des allgemeinen Interesses derselbe constatirt werden.

Wenn wir nun die Ereignisse des Centennialjahres, das mit der Präsidentenwahl seinen Abschluß fand, überblicken, so machen wir die Wahrnehmung, wie die amerikanische Bourgeoisie sich in ihren Positionen eher befestigt hat, als daß sie gewichen ist. Nennenswerthe Erfolge seitens der Arbeiter sind leider nicht zu verzeichnen. Die Industriearbeiter des Nordens sowohl wie die ländlichen Arbeiter der Reis- und Zuderplantagen des Südens mußten sich bedeutende Lohnherabsetzungen gefallen lassen, ihre Vereinigungen waren machtlos gegenüber dem Kapital. Auch ist die amerikanische Bourgeoisie so gut organisiert, wie vielleicht nirgends. In den kleinsten Orten in allen Staaten hat sie ihre Agenten und Headquarters (Hauptquartiere). Während der letzten Wahl hatte der Schreiber dieses Gelegenheit, ihre Agitatoren in elenden Negerdörfern anzutreffen, beschäftigt damit, sich der Mitwirkung der Neger zu versichern. Man kalkulirt sehr richtig, daß zur Erreichung des Zweckes das Volk gewonnen werden muß, deshalb muß die Agitation dasselbe bei seinen Neigungen anfassen. Der äußere Prunk verleiht keine Wirkung, große Kosten werden nicht gescheut, handelt es sich doch darum, die Staatsgewalt zu erhalten und hierzu ist die politische Aufregung nöthig. Ruchterne, besonnen und berechnende Charaktere wenden sich mit Ekel von solchen Schaupielen ab, aber es hilft ihnen nichts, wollen sie den Feind erfolgreich bekämpfen, so müssen sie dessen Kampfweise acceptiren, freilich nur insoweit, als man die Masse anstrückt und bewegt, sich mehr den öffentlichen Angelegenheiten zuzuwenden. Lernet von den Gegnern, lernet wie es möglich ist, daß die Gegner ihre Macht erhalten. Schmeißet nicht in die Ferne, sondern kämpft auf dem realen Boden der wirklichen Verhältnisse. Urtheilt nicht so geringschätzend über die politische Macht, sie ermöglicht es eben einer geringen Zahl, die Masse niederzuhalten. Hat der Arbeiter erst begriffen, daß er seine Aufmerksamkeit mehr auf den Staatsorganismus richten muß, natürlich ohne den Kampf auf sozialem Gebiet auch nur in geringsten zu vernachlässigen, so werden sich bald praktische Erfolge zeigen, die von nicht zu unterschätzender Wirkung für die gesamte amerikanische Arbeiterklasse sein werden.

R. J.

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Die schwarz-rothe Schlange“. Herr Dernburg, der bei der Stichwahl vom 23. Januar im Offenbach-Dieburger Kreis mit Ach und Krach und nicht weniger als mit Ehre über Viebnecht siegte, hat an sein Wahlcomité folgendes telegraphische Bulletin gerichtet: „Berlin, den 26. Januar 1877. Herzlich freudigen Dank den Wählern, welche auch diesmal für

*) Eile mit Weile.

des Reiches Freiheit (!) und Wohlfahrt so tapfer eintraten und der schwarzen Schlange auf den Kopf traten. Dernburg.

Die „Schwarze Schlange“ sind die 10,550 Wähler, welche am 23. Januar 1877 durch ihre Abstimmung befreit haben, daß sie mit der elenden Heuschreckpartei, die von „Freiheit und Wohlfahrt“ spricht, in Wirklichkeit aber die Freiheit verrät und die Wohlfahrt des Volkes zu Grunde richtet, nichts mehr zu thun haben wollen. Wenn man bedenkt, daß der ganze Regierungsapparat für die Candidatur des Hrn. Dernburg in Bewegung gesetzt, und daß von Seiten der nationalliberalen Herren Bourgeois mit beispielloser Frechheit gelogen, gefälscht, bestochen und eingeschüchelt wurde, so find wir zu der Annahme berechtigt, daß weitläufig die Mehrheit der Wahlberechtigten des Offenbach-Dieburger Kreises über diese Partei der politischen Heuschreck und Niedertracht endgültig den Stab gebrochen hat. Und die Majorität des Volkes in seinem Wahlbezirk nennt Herr Dernburg eine „Schlange“!

Der Anstand und die Bildung des Herrn Dernburg stehen auf gleicher Stufe mit seinem persönlichen Muth. Im December vorigen Jahres von Liebknecht zu einer öffentlichen Disputation vor den Wählern herausgefordert, „drückte er sich“ (oder „kreiste“, wie der Studentenausdruck lautet) mit — wahrem Heroismus, und vor der Stichwahl getraute er sich gar nicht in seinem Wahlkreis zu kommen, weil Liebknecht dort war, und er diesem nicht hätte ausweichen können. Wiederholt schrieb ihm seine Wähler, er möge doch kommen, sein Ausbleiben mache einen schlechten Eindruck — umsonst, der tapfere Dernburg war durch seine menschliche Macht aus seinem heldenmüthig vertheidigten Berliner Dachstuhl herauszutreiben. Und dieser — Dernburg wagt es, nach seinem durch die unläutersten, gemeinsten, zum Theil ungeheuerlichen Mitteln, nicht erkämpften, sondern erschlichenen Wahlsieg, 10,550 ehrliche Männer in dieser Weise zu beschimpfen! Das kennzeichnet den Mann, das kennzeichnet seine Partei. Die Bächtigung wird nicht ausbleiben. Und die „Schwarze Schlange“ — doch theilen wir erst eine Notiz mit, welche das „Leipziger Tageblatt“ vor einigen Tagen brachte. Es hieß da:

„Leipzig, 26. Januar. Bei der Stichwahl im Wahlkreise Offenbach-Dieburg sagte, wie bereits gemeldet, der nationalliberale Candidat Chefredakteur Dernburg in Berlin mit 12,250 Stimmen gegen Schriftsteller W. Liebknecht in Leipzig, Sozialdemokrat, der 10,550 Stimmen erhielt. Dernburg steht an der Spitze des leitenden Blattes der nationalen Partei in Deutschland, der „National-Zeitung“; Liebknecht ist die Seele des Reviseurs der Sozialdemokratie, des „Vorwärts“. Es standen sich also hier das nationale und das reichsfreundliche (wörtlich) Liebknecht wird sich gegen das ihm anstößigste, reichsfreundliche Prinzip“ sicherlich mit Nachdruck verwahren) Prinzip in ihrer schärfsten Verkörperung gegenüber, und das in einem Kreise mit dichter Arbeiterbevölkerung! Liebknecht war selbst in Offenbach, um seine Wahl gründlich zu betreiben. Dennoch unterlag er. Das ist ein höchst bedeutender Sieg. Wie die „National-Zeitung“ mittheilt, hatten in Folge getroffener Verabredung und auf ausdrückliche Anforderung des nicht zur Stichwahl gelangten ultramontanen Candidaten Kaufmann Raab zu Mainz die Ultramontanen für den sozialdemokratischen Candidaten gestimmt. Es untersteht keinem Zweifel, daß dies ultramontan-sozialistische Bündniß von dem Bischof v. Ketteler von Mainz ausdrücklich approbirt worden ist; wie auch die Sozialdemokraten in Mainz für den dort in der Stichwahl unterlegenen ultramontanen Candidaten Domcapitular Dr. Rousfang stimmten. Das Bündniß zwischen dem Mainzer Bischofstuhl und der sozialistischen Umhurzpartei hat daher noch nicht einmal den Erfolg für sich gehabt.“

Dies die Notiz. Falsch, wenn nicht geradezu gelogen ist, daß Liebknecht „in einem Kreise mit dichter Arbeiterbevölkerung“ unterlegen sei. Im eigentlichen Offenbacher Kreise, der eine „dichte Arbeiterbevölkerung“ hat, siegte Liebknecht mit großer, in vielen Orten mit erdrückender Majorität; sogar in der Stadt Offenbach hatte er bei der Stichwahl eine namhafte Majorität. In dem nicht industriellen Odenwald, dem Dieburger Kreis, hatte dagegen Dernburg eine ausschlaggebende Majorität, die er aber hauptsächlich nur denjenigen Orten verdankt, in welche die sozialdemokratische Agitation noch nicht eingedrungen, oder aus denen sie durch die brutalsten Gewaltthatigkeiten und erbärmlichsten Kniffe ferngehalten worden war. Was endlich das „Bündniß der Schwarzen und Rothens“ be-

trifft, so ist es in diesem, wie in jedem andern Fall ein nationalliberales Vagenmärchen. Der Versuch wurde gemacht, ein Bündniß mit den „Schwarzen“ zu schließen, aber nicht von den „Rothens“, sondern von dem Wahlcomité des Hrn. Dernburg, das sich vor der Stichwahl an Hrn. Kadler, Redakteur der angeblich ultramontanen „Starkenburger Provinzialzeitung“, des einflussreichsten Organs der Odenwälder Katholiken, wandte, und ihn, den vorher mit Roth beworfenen Schwarzen, um Unterstützung im Kampf gegen den Rothens bat, eine Zustimmung, die natürlich mit einem ebenso wohlappizierten als wohlverdienten Sukzess von Hrn. Kadler zurückgewiesen wurde. Und das erfährt sich von „Schwarzer Schlange“ zu reden! Daß die Katholiken, die übrigens in Hessen hundertmal liberaler (ohne Gänsefüßchen) sind, als die Nationalliberalen, zum Theil lieber für einen Mann stimmten, der ein Gegner aller Ausnahmengesetze ist, als für einen, der die Ausnahmengesetze gegen die Katholiken hat machen helfen, war sehr natürlich, und indem Herr Raab ihnen den Rath gab, dies zu thun, handelte er einfach im Interesse seiner katholischen Wähler. Der Rath wurde indeß von vielen derselben nicht befolgt, z. B. in Großsteinheim und sonstigen katholischen Orten stimmten die Katholiken nicht für Liebknecht; hier und da sogar gegen ihn und für Dernburg, z. B. in Heusenstamm. Mindestens 1600 der Wähler Raab's enthielten sich, wie die „Starkenburger Provinzialzeitung“ ausgerechnet hat, der Stimmenabgabe — der beste Beweis, daß die Behauptung, Bischof Ketteler, überhaupt der katholische Klerus, habe für Liebknecht gewirkt, eine infame Verleumdung ist, so infam, wie die andere Behauptung, in Mainz hätten „die Sozialisten“ laut des „ultramontan-sozialistischen Bündnisses“ für Rousfang gestimmt. Hätten die Wähler Raab's bei der Stichwahl „geschlossen“ für Liebknecht gestimmt, so wäre schon diesmal Herr Dernburg unterlegen. Nun, was jetzt nicht gelang, wird in drei Jahren geschehen. Im Januar 1880 wird die Majorität des Offenbach-Dieburger Kreises (auch wenn er zerfallen werden sollte) das thun, was 24 deutsche Wahlkreise schon jetzt gethan haben, nämlich der schwarz-weiß-rothen Schlange auf den Kopf treten.

— Ein Reichsfreund und Gesellschaftsretter. (Berichtigung.) Nicht Redakteur der „Bödischen Landeszeitung“, sondern Redakteur der ebenfalls nationalliberalen „Mannheimer Zeitung“ ist der Eigenthumsfanatiker und Ehe-Vertheidiger Brentano, der neulich als Fälscher in einem Bordell verhaftet wurde, als er Studien à la **Arns** machte. Ob er in diesen seinen Studien das Original erreicht, lassen wir vorläufig dahingestellt. Leicht ist's nicht. Herr von **Arns** hat auf diesem Gebiet Großes geleistet und gilt mit Recht für eine Autorität ersten Ranges, was ja auch seiner famosen Broschüre anzusehen und allenfalls sogar anzurufen. Man glaube nicht, daß wir scherzen. Weisheit nicht. Die Kollegen des Herrn von **Arns** wissen wunderbare Dinge von ihm zu erzählen. Als Kenner der geheimsten Bordellgeheimnisse und als Jotenreißer steht er unerreicht da. Selbst die „Gartenlaube“ singt seinen Ruhm. In Nr. 22 des Jahrganges 1869 heißt es in einer Schilderung der „Zusammenkünfte deutscher Volksvertreter“: „Alles steht unter dem Tages und hört den losen Genuß oder **Arns** Geschichten erzählen, von denen die meisten im Buchhandel nur in **versteckten Exemplaren** ausgegeben werden würden.“

Und dieser **Arns** — Der Rest ist zwar nicht Schweigen, aber etwas, das sich nicht in Worten ausdrücken läßt.

— Folgenden Wahlprotest enthält der „Frankfurter Volksfreund“ in seiner Nummer vom 1. Februar:

„Protest gegen die Wahl des nationalliberalen Dr. Weigel von Cassel. Die Motive dieses Protestes sind: Erwiesene Wahlfälschungen und Wahlbeeinträchtigungen.“

Räheres folgt, soweit wir es für praktisch halten, in nächster Nummer dieses Blattes. Hanau, den 28. Januar 1877.

Das Reichstagswahlcomité der Sozialdemokratie. J. A.: Matthes Daßbach.

Erklärung. Dem vorstehenden Proteste des Reichstagswahlcomités der Sozialdemokratie für den Kreis Hanau-Gelnhausen-Orb gegen die Wahl des nationalliberalen Dr. Weigel von Cassel schreibe ich mich an. — Zugleich erkläre ich hiermit

angenommen worden. Hierauf hat die Conferenz eingewilligt, daß in der gemischten Commission auch Beamte der hohen Pforte Mitglieder sein konnten.

Chodscha-Rassuh: Wie dem auch sein möge, die Annahme dieser Vorschläge würde dem Reich eine unheilbare Schwindsucht verursachen; auch mit dieser Modifikation sind die Vorschläge unannehmbar.

Der Großwesirer und einige Minister erwiderten, daß auch der Ministerrath den Vorschlag mit der erwähnten Modifikation erdrückt und als unannehmbar befunden habe. Diese Antwort sei auch den Delegirten bereits offiziell mitgetheilt worden; nachdem die General-Versammlung ihren Beschluß gefaßt haben wird, soll diese Antwort auch offiziell mitgetheilt werden.

Ruschdi Pascha (Ex-Großwesirer): Dem Vernehmen nach hätten die Delegirten diese modifizirten Anträge annehmen müssen; aber sie haben sie nicht angenommen. Meiner Meinung nach hätte man den betreffenden Vorschlägen eine Vorrede beifügen sollen, in welcher die in Zukunft daraus entstehenden Schwierigkeiten widerlegt werden; aber ich finde eine solche Vorrede nicht; die Delegirten suchen nur Unheil im Reich anzuführen, und in Zukunft werden noch größere Schwierigkeiten daraus hervorgehen.

Subhi Pascha: Wenn es ihre Absicht ist, uns eine Wohlthat zu erweisen, so mögen sie lieber diese Wohlthat den armen Polen, die noch weit mehr als wir des Mitleids würdig sind, erweisen. Unser Grundgesetz verbürgt uns diese Wohlthaten; sie mögen diese Vorschläge für die ihrer Herrschaft unterworfenen Staaten in Anwendung bringen.

Großwesirer: Diese Worte werden unsere Gegner nicht zum Schweigen bringen, gleichwie der Verbrecher dadurch nicht strafflos wird, wenn er vor Gericht erklärt: irgend ein Anderer habe dasselbe Verbrechen begangen.

Ruschdi Pascha: Wir würden finanziell und politisch benachtheiligt werden. Wenn wir jetzt auch so in Bosnien verfahren, ja wenn wir es auch auf Bosnien und Bulgarien ausdehnen, weshalb bestehen sie nicht auch auf der Ausführung der Vorschläge in Charnut? Die Absicht ist klar, man will dort die Reichsregierung in Verwirrung bringen und an anderen Orten die Einwohner auf Abwege führen. Theilt man die osmanischen Staaten in 12 Theile, so sehen wir, daß ehemals Oesterreich davon zwei Theile und Rußland drei Theile an sich gerissen hat; aber wir sehen jetzt in den abgerissenen Theilen keine Schwie-

ausdrücklich, daß die Agitation gewisser Nationalliberaler gegen mich gipfelte in der gemeinsten Schurkerei und Fäberei. Bodenheim, den 28. Januar 1877.

Karl Frohme.
Wir können dem hinzufügen, daß auch in dem Nachbarwahlkreise Offenbach die moralisch verwerflichen und gesetzlich strafbaren Mittel angewandt worden sind, um die Stichwahl zu Gunsten des „liberalen“ Dernburg zu beeinflussen und zu fälschen. Und wie in diesen beiden Wahlkreisen, so haben die Gegner der Sozialdemokratie überall die letzten Resten von Scham und nicht minder die Achtung vor dem Gesetz über Bord geworfen um die verhassten Sozialdemokraten zu „schlagen“. Zu schlagen? Nein, wir sind nicht geschlagen, selbst da nicht, wo wir unterlegen sind. Es ist in Wahrheit ein großer Triumph unserer Sache, daß die sonst uneinigen Gegner gezwungen waren, sich zu vereinigen, um uns zu bekämpfen und daß sie trotz ihrer Vereinigung nach der Niedertracht und Ungeheuerlichkeit die Hand reichen mußten, um einige wenige Stimmen mehr in die Urnen zu bekommen. Nun, hoffentlich werden die Wahlprüfungen Licht in das Dunkel der Wahlumtriebe bringen; an Beweismaterial wird es nicht fehlen.

— Die Reichstagswahlen haben die interessante Thatsache zu Tage gefördert, daß die Gewerkevereinsmitglieder (Hirsch-Dunder) in der Mehrzahl für sozialistische Candidaten gestimmt haben, und zwar, wie kaum erwähnt zu werden braucht, gegen den ausdrücklichen Befehl des bekannten „verdientvollsten“ Anwalts. In Magdeburg z. B. wurde ihnen strikte aufgegeben, bei der Stichwahl für Herrn v. Arns zu stimmen, sie stimmten aber, wie die „Berliner Freie Presse“ mitzutheilen in der Lage ist, frischweg für Brade. Aus dieser Haltung der Gewerkevereinsmitglieder in politischen Fragen ergibt sich, daß die meisten derselben lediglich der Unterstützungsklassen, resp. ihrer zu denselben gezahlten Gelder halber den Gewerkevereinen angehören. Ein sehr loser Kitt!

— Höchst überflüssig. Die conservative „Deutsche Reichspost“ brachte in ihrer Nr. 23 vom 28. Januar einen Leitartikel, welcher die Schwierigkeit der Entscheidung der Conservativen bei den Stichwahlen behandeln. Der betr. Herr Verfasser ist bitterböse über die Liberalen und Fortschrittler, ja, er hält sich nicht für verpflichtet, einem jüdischen Fortschrittsmann die Stimme zu geben, nur damit der Sozialdemokrat nicht gewählt werde; er „würde vielmehr gar nicht stimmen“. Die liberale Partei darf in zweiten Wahlgänge von den Conservativen „nie unterläßt werden“, da sie „nur Haß und Hohn“ für dieselben hat. — In Nr. 26 vom 1. Februar nun folgt eine Art Entgegnung, betitelt: „Das Wesen der Stichwahl“. Der langen Rede kurzer Sinn ist: „Alles, nur keinen Sozialdemokraten“. Der Herr hätte sich die Mühe ganz und gar ersparen können, dies noch weitschweifig auseinanderzusetzen und zu rechtfertigen. Das bekannte Wort von der „einen reaktionären Masse“ ist zwar nicht mehr neu, aber doch recht zeitgemäß. Wir aber wollen dafür sorgen, daß diese Erkenntniß in immer weitere Kreise bringt! Denn sie allein bahnt den Weg zur Besserung.

— Ueber den mathematischen Beginn des Reichstags liegen jetzt drei Versionen vor; zum 22., 24. oder zum 27. Februar. Da aber der preuß. Landtag mit seinen Arbeiten vor dem 1. März sicher nicht zu Ende kommen kann, so werden Reichstag und Landtag wieder eine Zeit lang neben einander tagen.

— Ein Vorschlag zur preussischen Ruhmeshalle. Bei der preussischen Ruhmeshalle, für welche demnächst das preussische Abgeordnetenhaus des Dreiklassenwahlgesetzes 4 1/2 Millionen bewilligen wird, sollten auch die militärischen Strafmittel — Sandfackel, Rod und Prügel ihren Platz finden; wir schlagen vor, dieser Sammlung noch eine Kette und einen Strid beizufügen.

Der Leisbader der „Dienstkenntniß“ bei der Vorbereitung zum Offiziersexamen („Organisation und Dienst der Kriegsmacht des deutschen Reiches“, von Ferd. Baron v. Lüdinghausen gen. Wolff, Berlin 1872) enthält außer anderem interessanten bei dem Kapitel der Disziplinarstrafen für Gemeine und Unteroffiziere, S. 347, wörtlich folgenden Passus:

„Sind auf dem Marsche, im Lager oder sonst außer der Garnison oder dem Cantonnement den örtlichen Umständen nach Arreststrafen gegen Unteroffiziere und Gemeine nicht vollstreckbar, so tritt an die Stelle derselben Entziehung der gewohnten Be-

reits, keinen Nachtheil; wir sehen die Schwierigkeiten der in unseren Händen gebliebenen sieben Theile in den beiden auf Serbien und Montenegro entfallenden Theilen, weil diesen beiden Theilen eine unabhängige Verwaltung verliehen ist. Anatoliens Einkünfte müssen darauf verwendet werden, um die von diesen beiden Theilen von Zeit zu Zeit angezeigten Aufstände zu dämpfen. Und mit der Zeit dürften diese Schwierigkeiten nur noch zunehmen. Werden diese beiden Vorschläge angenommen, so werden jene Provinzen (Bosnien, Bulgarien) ein zweites Serbien werden.“

Rassuh: Sehr gut; wenn wir nun diese beiden Vorschläge zurückweisen, was dürfte dann geschehen?

Großwesirer: Wenn wir diese Vorschläge zurückweisen, wird die Conferenz auseinandergehen, aber nicht alle Mächte werden mit uns Krieg führen. England und Frankreich bleiben neutral und mengen sich in nichts. Vos Rußland, welches ursprünglich diese Vorschläge auf's Tapet brachte, wird Krieg führen. Oesterreich kann sich auf seine 17 Millionen slavischer Unterthanen nicht verlassen, und wenn die Magyaren es zulassen, wird es gerade, wie im Anfang der vorliegenden Frage, Rußland unterstützen, vielleicht in Gemeinschaft mit Rußland und den Krieg erklären; es ist auch wahrscheinlich, daß es in Bosnien und Herzegowina eintritt; Serbien und Montenegro werden nicht müßig zuschauen; Rumänien wird sich nicht von ihnen absondern; auf etwaige Unterstützung vom Auslande dürfen wir nicht rechnen. Ueberlegen wir also, was unsere Lage in diesem Falle sein wird, und welchen Gefahren wir entgegengehen.

Subhi Pascha: Die österreichischen Slaven sind nicht sehr stark; von dieser Seite haben wir nicht so viele Nachtheile zu erwarten. Jedoch dürfte es nach den Erklärungen Ev. Hoheit zweckmäßig sein, unsere Kräfte zu kennen.

Chodscha Omer: So lange dieser Grund nicht gelegt ist, kann man noch nichts sagen.

Hier Chodschas weisen die Vorschläge in heftigen Ausdrücken zurück. Einer von ihnen, Chodscha Rassuh, sagt: „Wir müssen auf Gott vertrauen und Krieg führen.“

Redschib Effendi: Dazu gehört Nacht.

Rassuh: Wir haben die Nacht.

Großwesirer: Auch ich bestätige, daß dazu Nacht gehört. Der Herr Kriegsminister ist hier; sollte ich mich irren, so wolle er mich verbessern. Wir haben 5—600,000 Soldaten unter den Waffen; durch die Bemühungen Sr. Majestät haben wir auch

Die Verhandlungen des türkischen Großen Rathes

vom 3. Muharrem 1294 (18. Januar 1877).

Um sich mit einem Schläge der europäischen Diplomatie zu entledigen und freie Hand gegen Rußland zu gewinnen, berief die türkische Regierung zu Anfang des Jahres eine Art Ro-tablenversammlung, in der die höchsten Würdenträger, Ru-selmänner, Christen und Juden, vereinigt waren, und legte ihr die Frage vor: Annehmen oder ablehnen? — nämlich die Conferenzbeschlüsse. Die einstimmige Antwort war: Lieber den Tod als die Schande! Wir theilen nachstehend einen von der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Bericht der denkwürdigen Sitzung mit:

Nach Verlesung der geschichtlichen Darstellung der Ereignisse in Bosnien und Bulgarien gab der Großwesirer noch einige Erklärungen dazu. Hierauf ergriff Subhi Pascha das Wort und sagte: „Halls angesichts dieser Erklärungen der Krieg unvermeidlich wäre, so ist es möglich, daß wir dabei etwas verlieren; wenn wir aber die beiden Vorschläge annehmen, so werden wir nicht etwas, sondern das ganze Reich verlieren.“

Der Großwesirer berichtet nun über ein Telegramm, welches er von dem englischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhalten hatte; ferner über die Correspondenz, die er mit den europäischen Mächten über die Verleihung der Constitution geführt hatte; nach Verlesung der darauf bezüglichen Papiere erläuterte er noch, aus welchen Gründen die Conferenz gebildet wurde, und welche Verhandlungen mit derselben stattgefunden hatten.

Nach Verlesung eines von den Mächten vorgeschlagenen Entwurfs einer Organisation der Provinz Bulgarien ergriff der Großwesirer abermals das Wort, um anzudeuten, daß nach Abweisung der Conferenzvorschläge dieselben auf zwei Vorschläge beschränkt wurden.

Sami Pascha (Minister ohne Portefeuille): Nach Zurückweisung der nachtheiligen Vorschläge sind die in denselben enthaltenen Nachtheile diesen beiden Vorschlägen wieder ein-verleibt worden, und ihre Annahme ist daher auf keine Weise zulässig.

Großwesirer: Die Annahme dieser beiden Vorschläge würde die Regierung des Reiches nach Europa, den Sitz der hohen Pforte nach Pera verlegen. Eben deshalb sind sie nicht

dürfnisse an Tabak, Bier oder Branntwein, verbunden a) beim mittleren Arrest; mit Heranziehung zu beschwerlichen Dienstleistungen, oder mit täglich einständigen Anbinden an eine Wand oder an einen Baum (letzteres jedoch nur bei Gemeinen); b) beim strengen Arrest mit täglich dreistündigem Anbinden wie ad. a., unter Gewährung einständiger Ruhe nach 1 1/2 Stunden.

Das Anbinden des Arrestanten geschieht — auf eine der Gesundheit desselben nicht nachtheilige (!) Weise und möglichst nicht vor Augen des Publikums — in aufrechter Stellung, den Rücken nach der Wand oder dem Baum gekehrt, dergestalt, daß der Arrestant sich weder setzen noch niederlegen kann.

S. 354: „Eine Beschwerde über eine Disciplinarstrafe darf erst nach deren Vollstreckung angebracht werden.“

S. 355: „Der Befehlshaber der Besatzung einer Festung, eines offenen Ortes oder Bezirkes, welche in Belagerungszustand erklärt sind, hat alsdann das Recht, Sträflinge in der 2. Klasse des Soldatenstandes mit einer Strafe bis zu 40 Schlägen zu bestrafen.“

D deutsches Volk, wie weit hast du es gebracht!

— Unfall-Statistik. Im Monat Januar e. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig 12 Todesfälle, 2 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten, 5 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität des Verletzten erwarten lassen und 418 Unfälle, aus welchen sich für die Dammschoten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognostizieren läßt.

zusammen 437 Unfälle angemeldet.

Von den 12 Todesfällen ereigneten sich je 2 beim Verladen von Eisenbahngütern, beim Eisenbahnbau, in Steinöfenwerken und je 1 in einer Zementfabrik, einer Eisengießerei und Maschinenfabrik, einer chemischen Fabrik, einer Papierfabrik und einem Steinbruch.

Die 2 lebensgefährlichen Beschädigungen entfallen auf seine Brauerei und ein Walzwerk, während

die 5 Invaliden sich auf eine Eisengießerei, eine Maschinenbauanstalt, eine Harzholzühle, eine Spinnerei und eine Mühlenfabrik vertheilen.

— „Liberal“. Die „Droits de l'homme“ in Paris sind infolge der letzten gegen sie erhobenen Anklagen zur Suspendirung (Unterdrückung des Erscheinens) auf 6 Monate und der Gerant des Blattes zu drei Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Unter dem reaktionären Ministerium wurde das treffliche Blatt zwar vielfach gemahngelt und bestraft, aber man schritt nicht zu einer so brutalen Streich. Dieser war dem Ministerium des „liberalen“ Herrn Simon vorbehalten.

— Zum Candidaten für die Nachwahl im 17. sächsischen Wahlkreise ist von den Sozialisten Kaufmann W. Bracke jr. in Braunschweig proklamirt.

— In unserem Bericht über den Berliner Prozeß ist angegeben, daß die Schließung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgesprochen worden sei; es könnte dies leicht zu Mißverständnissen führen, und wir bemerken deshalb, daß sich dieser Beschluß, der bräutigam erst in erster Instanz gefaßt ist, nur auf Preußen bezieht.

— Im 3. Berliner Wahlkreise findet definitiv eine Nachwahl statt, da Herz abgelehnt hat. v. Sauten-Tarputsch ist seitens der Fortschrittler aufgestellt. — Ebenso finden, früheren Mittheilungen entgegen, in Breslau zwei Nachwahlen statt, da sowohl Lasker als auch Hänel dort abgelehnt haben.

— Wir erhalten aus Wien folgende Zuschrift: Parteigenossen Deutschlands!

Wir senden Euch zu den nunmehr abgeschlossenen Reichstagswahlen und zu Euerer dabei erlangenden glänzenden Erfolgen unsere herzlichsten Glückwünsche; Eure rastlose Thätigkeit, Eure Opferwilligkeit und Begeisterung haben bei uns den lebhaftesten Widerhall und die größte Bewunderung hervorgerufen. Seid überzeugt, daß wir auch trachten werden, durch Ausdauer

Waffen. Aber die jetzige Kriegführung ist von der ehemaligen weit verschieden; z. B. ehemals genügten 150 Patronen für jedes Gewehr; jetzt genügen nicht einmal 1500 Patronen. Aber auch diese kommen aus Amerika; es ist möglich, daß sie nicht ankommen, oder auch, daß sie unterwegs dem Feinde in die Hände fallen. Geld haben wir nicht; der Werth des Papiergeldes ist Jedermann bekannt. Darüber werden wir wohl noch besonders berathen. Die Pforten der Anleihen aber sind verschlossen, und zur Heeresverwaltung gehört Geld.

Kauf Bey (Sohn des verstorbenen Rifat Pascha): Wir fürchten den Krieg; aber wenn wir diese Vorschläge annehmen, so wird das Resultat der Tod sein. Ein Fieberkranker kann genesen, aber von der Schwindsucht kann man nicht genesen. Was aber diese Herren vorschlagen, ist Schwindsucht; man muß lange rothe Lichter anzünden, wollene Mäntel anziehen und zur Rettung unserer Ehre eine Antwort geben. (Bravo! von verschiedenen Seiten.)

Großweffier: Gleichwie eine Zeitlang in Frankreich ein Paar Stiesel 27.000 Franken kosteten, so kann es auch uns ergehen; ein Kame vor 20 Pfosten kann auf 700 Pfosten steigen; die Brotkräben werden geschlossen, das Volk ist hungrig, überall Verwirrung, Kinder bestürmen die Regierung. Da ist es möglich, daß Einer zum Andern sagt: Siehe da, wohin man uns gebracht hat; die Conferenzzuschläge beschränkten sich im Ganzen auf die Ueberwachung einiger Vilajets; wir haben sie zurückgewiesen; was ist aus uns geworden?

Ruschdi Pascha: Was Ew. Hoheit gesagt haben, ist sehr richtig. Aber das Leben eines Volkes, eines Staates ist die Unabhängigkeit; nehmen wir ihre Vorschläge an, so ist unsere Unabhängigkeit dahin, und ohne dieselbe kann ein Staat nicht leben.

Cheirullah Effendi (Scheich ul Islam): Was Ew. Hoheit gesagt haben, ist richtig; auf diese Weise können wir es nicht annehmen.

Der vorige Scheich ul Islam: Es ist unsere Pflicht, diese Vorschläge nicht anzunehmen, da unsere Unabhängigkeit vernichtet wird.

Abedin Bey (Vorsencommissär): Um ihre Ehre zu retten, verlangen 40 Millionen Osmanen den Krieg. Befehlen Sie, wir sind zu jedem Opfer bereit; die Geister unserer Märtyrer Hören unsere Berathungen an; es bedarf nicht vieler Worte; wir müssen ablehnen.

und unermüdete Propaganda die Sache der Sozialdemokratie zu fördern. Es lebe die sozialdemokratische Partei Deutschlands! Es lebe die Sozialdemokratie aller Länder!

Für die Wiener Parteigenossen:
Emil Reinthal. Jof. Marschall. Franz Hartl.

Correspondenzen.

Hanau, 26. Januar. (Allgemeiner Agitationsbericht.) Wenig oder gar nichts haben die Parteigenossen seither von Hanau gehört. Wir wollten nicht den kostbaren Raum unseres Parteiorgans mit Versammlungsberichten in Anspruch nehmen, aber ganz zu schweigen wäre doch auch nicht am Plage. So wollen wir denn nach vollbrachtem Wahlkampf in kurzen Umrissen den dreimonatlichen heißen Kampf in etwas beleuchten. Vor allem bedenke man die Schwierigkeit des Terrains in unserem Wahlkreise. Gebirg und Thal, wenn auch keine tyroler und steirische, erdwerthen und die Agitation. Wir hatten es mit dem sogenannten Bogelsberg zu thun, der, wenn auch im Sommer ein ganz romantisches Hochland, im Winter bei ewigen Regengüssen doch immerhin für uns Thalbewohner (Mainthal) ganz anstrengende Forcetouren abgab. Doch Scharz bei Seite, und wenden wir uns dem eigentlichen Gegenstande zu, den wir behandeln wollen. Die Gegner fühlten diesmal, daß es ernst werden sollte, das Plegma, welches unsere Bourgeoisie auszeichnet, ward von ihnen überwunden und hatten wir uns an vielen Orten mit denselben herumzuschlagen. Auch wurde eine gewisse Taktik von ihnen befolgt, die darin bestand, immer dahin zu gehen, wo wir kurz vorher gewesen waren. Man machte sich die Sache von dieser Seite sehr leicht, man nahm eine Schmähschrift, las dieselbe den Versammelten vor und beschwor dann in kurzen Worten die Wähler, um Gotteswillen nicht mit den gottlosen Sozialdemokraten zu verfallen. Ueberhaupt beschränkte sich die Agitation der Nationalliberalen nur darauf, unsere Partei als diejenige zu bezeichnen, die kein festes Eheband, keine Familie, kein Eigenthum und keinen Herrgott wollte. Auch die Pariser Commune mußte herhalten; unsere Forderungen könnten nur durch gewaltsame Aktion verwirklicht werden. Das Schönste, was die Nationalliberalen noch zu guterletzt vollbrachten, war: daß sie im ganzen Wahlkreise Plakate aufhängen ließen, durch welche sie die Wähler vor uns warnen und uns als Wölfe im Schafspelze bezeichnen. Es ist zum Unsen! Arme Arbeitende alle Wölfe im Schafspelze zu bezeichnen. Die Kampfweise war wie überall eine ganz niederrichtige. Was die Fortschrittler anbetrifft, so hatten diese Leute wieder eine andere Maxime. Ihnen war die Rede von Franz Dunder, welche derselbe in Chemnitz gehalten hatte, das beliebteste Agitationsmittel. Was diese Rede an Verdrehungen, falschen Schlüssen und falschen Darstellungen leistet, wissen die Parteigenossen. Diesem Phrasendrei gegenüber, vor vorurtheilsvollen Massen ausgeframt, hat derjenige, welcher keine Sozialdemokraten hinter sich hat, eine schwere Stellung. Doch haben wir es trotz alledem zur eroberung Wahls gebracht. Nun hieß es nochmals hinaus und erobern was sich erobern ließ. Nochmals eine zehntägige heiße Campagne, in welcher wir aber von den Parteigenossen in Frankfurt kräftig unterstützt wurden. Die Gegner, den Ernst der Situation wohl fühlend, boten alles auf, um zu siegen; keine Mittel wurden gescheut. „Verleumde läßt, es bleibt doch etwas hängen“ war jetzt ihre Parole. So erfachte man sich noch in den letzten Tagen, unserem Candidaten die gemeinsten Verdächtigungen an den Hals zu werfen. Verleumder für den Unparteiischen muß es sein, daß diese Geister niemals auf eine sachliche Widerlegung eingehen, weder in Schrift noch im Wort, höchstens daß sie irgend einen Satz aus einer Rede oder einer Schrift herausgreifen und demselben eine falsche Deutung geben, das ist die ganze Kunst ihrer Rechtsweise. Der Fortschrittspartei nochmals zu gedenken, so ist zu erwähnen, daß die leitenden Elemente bei der Stichwahl eine eigenthümliche Rolle spielten, der Kampf zwischen Fortschritt und Nationalliberalismus hatte den äußersten Höhepunkt erreicht und Jedermann glaubte, daß ein Zusammengehen dieser Elemente unmöglich sei. Aber o Wunder! Bei der Stichwahl boten diese Leute Alles auf, daß keine Stimme für den Dr. Weigel verloren ging. Wir täuschten uns darüber auch keinen Augenblick, und so stimmten diese Herren Mann für Mann für einen Candidaten, den sie selbst als einen Ergreaktionär bezeichnet hatten. Wir wissen es ja — alle andern Parteien sind uns gegenüber eine einzige reaktionäre Masse. Die Fortschrittspartei hat uns ge-

Ruschdi Pascha: Ja, man muß ablehnen; ohne Unabhängigkeit kann ein Staat nicht leben.

Großweffier: Wenn wir ihre Vorschläge annehmen, geht unsere Unabhängigkeit verloren?

Alle miteinander: Ja, ja, sie geht verloren.

Großweffier: Aber es bedarf einer Erläuterung, damit auch diejenigen, welche anderer Meinung sind, begreifen, warum unsere Unabhängigkeit verloren geht.

Subhi Pascha: Wenn die Verwaltung eines Staates in fremde Hände übergeht, so ist dies die Einleitung zu einer Confederation. (Im Türkischen: Konföderation.)

Die Ulema (gleichzeitig): Wengen wir uns in die Angelegenheiten ihrer mohammedanischen Untertanen? Auch wir wollen ihre Einmischung nicht; wir Alle weisen sie zurück.

Rassubi Effendi: Wenn ein unabhängiger Staat seine Hand nach der Unabhängigkeit eines andern Staates ausstreckt, vernichtet er dessen Unabhängigkeit. Es ist also nothwendig, daß wir nicht annehmen.

(Schluß folgt.)

— Ein interessanter Rechtsfall. In Frankfurt ereignete es sich, daß ein Kaufmann, der gegen eine alleinlebende Dame klagbar werden mußte, keinen anderen Zeugen für seine Behauptungen finden konnte, als seine Frau, die zur Zeit der zu bezeugenden Thatsache allerdings noch nicht die Seine war. Nun konnte dieselbe freilich in ihrer Eigenschaft als „Verwandte des Klägers“ nicht zur Vernehmung zugelassen werden. Da ließ sich der Kaufmann — (Scheiden und so ward der Gattin freie Hand gegeben, wodurch denn auch mit der Prozeß gewonnen worden ist. Kläger wird übrigens seine Frau nächstens wieder heirathen. (Zit. Sig.)

— In Gotha erschien kurz vor der Stichwahl eine Karte, eine förmliche Landkarte, welche je nach der vorherrschenden politischen Richtung der Bewohner die Bezirke und Ortshöfen roth (sozialdem.), blau (fortschrittlich) und braun (nationallib.) colorirt zeigte. Wir wären begierig, eine derartige Karte von ganz Deutschland zu sehen; wir würden eine neue recht erfreuliche Illustration zu unserem „Rückgang“ haben, von dem man übrigens zu reden sich bei den Gegnern allmählich abzugewöhnen scheint.

schadet, das Volk ist eben noch nicht klar über die Tendenz dieser Partei; der Radikalismus wird bis jetzt noch etwas gefürchtet und so gelang es diesen Leuten, durch Laviren zwischen den Parteien ein kleines Häuflein zu vereinigen, welches aber groß genug war, bei der Stichwahl den Ausschlag zu geben. Wir brauchen uns zwar nicht zu schämen, denn die Stimmenzahl, welche sich auf unseren Candidaten vereinigte, war respectabel genug, um den Nationalliberalen das Bewußtsein beizubringen, daß sie einen saulen Sieg erfochten haben. Bedenkt man nebenbei, was den Gegnern für Vortheile zu Gebote standen, welche Einschüchterungen man sich erlaubt hat, bedenklich ist der Sieg erklärlich. Aber überall, wo einigermassen politisches Leben vorhanden war, hatten wir glänzende Majoritäten zu verzeichnen. Beispielsweise Hanau, Bockenheim, Orb, Großanheim etc. Als leuchtenden Punkt unter den Landgemeinden müssen wir Dörsingheim erwähnen, das bis jetzt bei allen Wahlen fast ausschließlich sozialistisch gestimmt hat, 212 gegen 21. In ähnlichem Sinne sind noch viele Orte zu verzeichnen, so Fachsenheim und Entheim-Bergen, überhaupt können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Nur im Bogelsberg, wo die Leute sehr tief in geistiger Abhängigkeit dahinleben, stellte sich das Verhältniß schlecht, obwohl die Leute dort nicht zu verdammten Berke; es ist eben die abgeschlossene Lage, welche einen regen Verkehr mit den selbst abgeschlossenen, Schilde daran. Die Stimmenzahl, welche sich auf unseren Candidaten E. Frohme bei der Stichwahl vereinigte, war 9635, auf Dr. Weigel 10.015. Die Nationalliberalen aber können sich selbst sagen, daß nur verdammt ihrer günstigen Stellung uns gegenüber der Sieg erfochten wurde, und sie werden sich gestehen: noch einen solchen Sieg und wir sind verloren! — Wir hatten auch nicht die Mittel, welche nöthig sind, um mit Erfolg zu wirken; die Gegner aber hatten Geld, gute Positionen und die geographische Lage zu ihren Gunsten. Wir hatten nichts als Begeisterung für die Wahrheit. Und diese wird meistens siegen trotz alledem.

Minden i. W. Nachdem bereits von vielen Orten Berichte über die Reichstagswahl erschienen sind, dürfte es wohl an der Zeit sein, daß auch von hier etwas mitgeteilt wird, da es andernfalls scheinen könnte, als ob wir nichts gethan hätten, bez. schon wieder eingeschlafen wären. Bei der Agitation waren wir allerdings lediglich auf uns angewiesen, und da uns die Mittel fehlten, so mußten wir uns auf private Agitation legen. Es verging denn auch kein Sonntag, wo wir nicht verschiedene Nachbarorte für uns zu gewinnen suchten. Wenn wir diesmal auch noch nicht eine erhebliche Stimmenzahl zu verzeichnen haben, so hat unsere Mühe sich doch verlohnt, indem wir es ziemlich auf die doppelte Stimmenzahl gebracht haben. Vor drei Jahren (1874) hatten wir etwas über 350 Stimmen auf unsern Candidaten, Herrn Otto Kapell, vereinigt, wogegen wir bei der diesmaligen Wahl 700 Stimmen für Herrn W. Frid erhalten haben. Es fällt dieses Resultat um so schwerer in die Waagschale, wenn man bedenkt, daß wir bloß drei Volksversammlungen zu diesem Zweck haben abhalten können. Als unsere Gegner erfahren, daß wir im Stillen thätig waren, darüber mußte natürlich brav geschimpft werden. Hierin suchten sich die Käseblättchen „Mündener Zeitung“ und „Minden-Lübbeder Kreisblatt“ förmlich zu überbieten. Alle die alten Phrasen kamen wieder zum Vorschein. — Wie fast überall, so kamen auch hier bei der Wahl verschiedene Angehörigkeiten vor. An vielen Orten wurden bei Schluß resp. Feststellung des Wahlergebnisses die Wähler aus dem Lokal gewiesen. An einem Orte, in Hahlen, ist es sogar vorgekommen, daß der Wahlvorsteher unsere Parteigenossen beim Arm gefaßt und hinausgedrängt hat. Trotz aller Wählererei ist es den Liberalen doch nicht gelungen, ihren wieder aufgestellten Herrn General z. D. v. Ebel durchzubringen. Der von der conservativen Partei aufgestellte Gutsbesitzer v. Rathusius auf Endorn ist mit einer absoluten Majorität von 59 Stimmen gewählt. — Bemerkenswerth ist noch, daß im hiesigen Wahlkreise 13.947 Stimmen abgegeben sind gegen 8405 im Jahre 1874. Es beginnt also auch hier zu tagen.

Mit Gruß
Bremen. (Bericht.) Auch hier kann die Partei mit großem Muth in die Zukunft blicken, denn die Stimmenzahl für unsern Candidaten hat sich mehr als verdoppelt. Vor drei Jahren brachten wir auf unsern damaligen Candidaten E. W. Tölke aus Jerslohu 3139 Stimmen; bei dieser Wahl erhielten wir auf unsern jetzt schon über vier Jahre unter uns weilenden Candidaten Fr. Wiltz Frid 6760 Stimmen; damit sind wir in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse sehr befriedigt. Die gegenrühenden Zeitungen haben schon seit Jahren Alles aufgewendet, um unser Werk zu zerören, aber seit einem halben Jahre sind wir hier im Besitz einer täglich erscheinenden Zeitung, und unsere Redakteure wahren jeden Hieb und geben denselben mit verdoppelter Kraft wieder, und klopfen dem Herrn Finger so recht auf die Finger, und erinnern den Herrn Dreilemann manchmal an die Jahre 1848 und folgendes. Auch andere Redakteure ärgern sich, daß ihre Abonnentenzahl stets abnimmt, wogegen diejenige unseres Organs „Bremer freie Zeitung“ in stetem Wachsen begriffen ist. — Für unsern Reichstagscandidaten F. W. Frid hätten wir sicher noch einige tausend Stimmen erhalten, wäre die Lage der hiesigen Arbeiter nicht so traurig, denn hier sind in den letzten Jahren 8 bis 10.000 Personen fortgezogen und haben in den kleinen Landstädten und Dörfern ein Unterkommen gefunden; viele standen nicht in den Wählerlisten und hatten versäumt, dieselben nachzusuchen, viele Andere wieder hatten Armenunterstützung bekommen und konnten nicht wählen. Andere gingen nicht hin zum Wahllokal, um nicht aus der Arbeit zu kommen. Unserer fleißigen Arbeiter sieht man jetzt den ganzen Tag vergeblich nach Arbeit suchen; ein Glück, daß der Winter sehr gelind ist. Mit den Bauhandwerkern steht es hier am traurigsten aus, denn es haben bis jetzt 38 Bauunternehmer ihre Insolvenz angezeigt und viele werden noch folgen. Diese bringen sich und sämmtliche kleinen Meister zum Ruin. In 20 bis 30 Straßen stehen die meisten Häuser unvollendet da, und aus den fertigen sind die Bewohner bei Noth ausgedrückt und von hier verzogen. Ferner liest man jeden Morgen 4 bis 6 Insolvenzanzeigen von Wirthen, Handwerkern, Arbeitern. Das das noch enden wird, ist nicht abzusehen. — Von Selbstmorden wußte man früher hier wenig, sie kamen selten vor, aber jetzt beinahe jeden Tag einer und manche Tage auch zwei. In den Ladenfenstern der Bäcker und Fleischer werden die Scheiben eingedrückt und Waaren entwendet. Pferdebeschlägereien konnte man bisher hier nicht, aber jetzt giebt es deren 10 bis 12. Durch diese langanhaltende Krisis und die Peiten geht hier der Handwerker- und Mittelstand total zu Grunde, und das sind die Früchte des Wirtschaftssystems der Bourgeoisie!

Sonneberg. Das genaue Resultat der Wahl im 2. Meiningener Wahlkreis ist: Lasker 7785, Willenberger 4842, Schwaine 1007 Stimmen.

Goldlauter, 27. Jan. Bei der am 28. Dezember vorigen Jahres stattgefundenen Erjagwahl zum Gemeinderath, bei wel-

cher die 1. Klasse 1, die 2. Klasse 2 und die 3. Klasse 1 Erstagmann zu wählen hatte, siegten unsere Gesinnungsgenossen in der 2. und 3. Klasse. Bei der am 7. Januar stattgehabten Erstagwahl zum Gemeinde-Rath für hier und Heidersbach siegten unsere Candidaten ohne Ausnahme. Bei der Reichstagswahl fielen hier auf A. Kapell 102, Lucius 90, v. Ruffing (conservativ) 25 Stimmen. In Heidersbach A. Kapell 77, Lucius 19. In Suhl A. Kapell 264, Lucius 674, v. Ruffing 10 Stimmen. Bei der vorigen Wahl erhielt Nord hier 33, in Suhl 80 Stimmen. Die gewöhnlich, so schied auch diesmal der hiesige Schulze die Stimmzettel für Lucius durch den Gemeindevorsteher in den Häusern umher.

Sorau. Das amtlich festgestellte Wahlergebnis des Wahlkreises Sorau in der Provinz ist folgendes: Der Wahlkreis zählt 19,477 Wahlberechtigte, von welchen 12,077 das Wahlrecht ausgeübt haben. 11,953 Stimmen sind für gültig, 124 für ungültig erklärt worden. Von diesen erhielt der nationalliberale Appellationsgerichtsrath v. Puttkammer zu Raumburg a. d. S. 6643, Otto Kapell in Hamburg 3661, Graf v. Brühl in Pforten 1559, v. Kleist-Regow 33, Baron v. Waderbarth in Linderode 13, Baron v. Buddenbrock in Klein-Dölzig 8, Vogel v. Falkenstein in Dölzig 4 u. s. w.

Breslau. Die auf den 30. Januar in Wiesner's Lokal einberufene Volksversammlung lieferte wiederum den Beweis, wie mächtig der Zuwachs ist, den unsere Partei in Breslau in den letzten Tagen erhalten hat. Obgleich der Beginn der Versammlung auf 8 Uhr angesetzt war, so waren die großen Räumlichkeiten doch schon bald nach 7 Uhr so gefüllt, daß kein Mensch mehr Platz finden konnte. Der geräumige Hof und Hausflur, sowie der hinter dem Lokal befindliche Garten waren Kopf an Kopf gedrängt voll und immer noch strömten ungeheure Menschenmassen dem Versammlungsorte zu, in der Hoffnung, irgend einen Platz finden zu können. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß 3-4000 Menschen des großen Andrangs wegen wieder umkehren mußten. Selbst die Einberufer nebst dem Referenten wären gar nicht in das Lokal gelangt, wenn nicht einer von ihnen durch ein Fenster an der Bühne sich Eingang verschafft hätte, der dann den Einlaß der andern durch ein Hinterthürchen bewerkstelligen konnte. Die Tagesordnung der Versammlung lautete: Die Unregelmäßigkeiten der letzten Reichstagswahl. Herr M. Schlegel beleuchtete das Treiben der Liberalen bei der letzten Reichstagswahl auf Grund des angefertigten Materials in treffender, den Liberalen aber keineswegs schmeichelhafter Weise. In wahrhaft empörender Weise haben die Liberalen aber auch verstanden, die geheime Wahl durch Anlegung der zweiten Wahllisten zur öffentlichen zu machen. Das ganze Thun und Treiben dieser Ordnungshelden, das Drohen mit Arbeiterentlassung der Arbeiter, das Anbieten von Geld, um Stimmen für die Liberalen zu gewinnen, das Führen der Arbeiter zur Wahlurne, und alle die schon in diesem Blatte aufgeführten Kunstgriffe, um die Majorität nicht zu gewinnen, sondern theils zu erschleichen, theils durch Drohungen zu erzwingen, fanden die richtige Würdigung von Seiten des Referenten. Nicht endenwollender Beifall bekundete, daß die ruhige, ordnungsliebende Bürgerschaft von Breslau diese Taktik der Liberalen verabscheut. Kräder und Schuhmacher hielten noch kurze Ansprachen, in denen sie baten, sich durch diese Machinationen nicht irre führen zu lassen, und bei der in März wiederum notwendig werdenden Nachwahl aufs Neue den alten Muth und Opferwilligkeit zu bewahren. Eine Resolution, das Reichstagsamt von der Führung doppelter Listen in Kenntniß zu setzen, und das Verbot derselben zu verlangen, fand einstimmige Annahme. Unter donnernden Hochs auf die Sache der Arbeiter, die sozialdemokratische Partei, die der Vorsitzende ausbrachte und von der Versammlung mit Hochrufen auf die Candidaten erwidert wurden, wurde die Versammlung geschlossen. (Wahrh.)

Pforzheim, 24. Januar. Der Wahlkampf hier — Jolly Excellenz, unser nationalliberaler Erminister, contra den ehrenwerthen Volkshausbourgeois Herrn Millionär Kay — welsch beide Herren die Stichwahl durchmachen mußten, war heiß. Die nationale Reaktion war sehr thätig und kein Mittel blieb unversucht, um für die verflozene Excellenz Stimmen zu werden; allein trotz Entlassungs-Androhungen, trotz Freibier und ditto Wein gelang es nicht, für Jolly mehr Stimmen, als er am 10. Januar gehabt, zu erzielen. Schon gegen 4 Uhr gestern, als noch keine Vollerklärungen auf Gemeindefestungen stattfanden, man überzeugt, daß Kay durchkam und daß der Champagner der Pforzheimer Herren Liberalen vergeblich kaltgestellt worden war. Man wartete bis 7 Uhr, da kam das amtliche Resultat, daß Jolly glänzend mit etwa 1600 Stimmen — Minorität durchgefallen war. In hiesigen Kreisen wurde böshafter Weise ein Bild colportirt, welches, anknüpfend an das zweifelhafte Gleichniß eines Nationalliberalen, das Jolly als Hund, der die Kacke (Kay) verspeißt, schildert, die Kacke Jolly's mit eingeklemmter Ruthe darstellt. Die glorreiche Reichsregierung hat mit der Niederlage Jolly's einen weiteren Beweis ihrer Unpopularität erhalten!

Annaberg-Buchholz, 29. Januar. Die Wahlen in unserm Wahlkreis sind nun auch vorüber und ist leider ein liberaler Candidat aus der Urne hervorgegangen. Wir unsererseits konnten mit einer gründlichen Agitation nicht vorgehen, weil uns dazu die nöthigen Geldmittel und die dazu gehörigen agitatorischen Kräfte fehlten, wir waren also fast gänzlich auf Lokalagitation, die uns noch dazu durch die Böbelhaftigkeit der sogenannten Gebildeten vereitelt wurde, angewiesen; trotzdem haben wir 800 Stimmen auf unsern Candidaten Wiemer vereinigen können. Wir haben aber dennoch die Genugthuung, an denjenigen Orten, wo wir Versammlungen abhielten, fast überall die Majorität über sämtliche Gegner erhalten zu haben, so z. B. in Frohnan, Königswalde, Wildenau, Steinbach, Buchholz, Schma u. a. m., was für den gesunden Sinn unserer Bevölkerung spricht. Die liberale Partei hat bei der Wahl ihren Schandthaten die Krone aufgesetzt. So z. B. waren an vielen Orten Plakate angeklebt mit den Worten: „Wähler, hütet Euch vor Sozialdemokraten; Holzmann muß gewählt werden.“ Trotzdem wollen uns diese zweifelhaften Ehrenmänner bei der Stichwahl beschuldigen, für einen Reaktionsär gewonnen gewesen zu sein, da wir für Dreifeld gestimmt hätten, was wir für eine insame Lüge erklären, da bei uns eine Verabredung in keiner Hinsicht stattgefunden hat; es war vielmehr jedem Einzelnen freigestellt, ob er für Diesen oder Jenen stimmte. Daß Viele möglicherweise für die Conservativen gestimmt haben, daran sind die Liberalen mit ihrer Bauernfängerei selber schuld, denn mit Phrasen und Befehungen läßt sich kein besonnener Arbeiter oder Kleinbürger gewinnen, um so weniger, als Dreifeld als ein Freund der Arbeiter bekannt ist; so hat er bis jetzt trotz der Geschäftskrise noch keine Arbeiter entlassen. Schließlich noch unseren braven Gesinnungsgenossen, die trotz aller Machinationen unserer Zähne treu blieben, unsern besten Dank.

Das Wahlcomité für Annaberg-Buchholz und Frohnan.
P. S. An alle Partei- und Gesinnungsgenossen des Obererzgebirges richten wir hiermit die Bitte, mit uns so schnell wie

möglich in Verbindung zu treten behufs Abhaltung von weiteren Volksversammlungen, damit die Agitation von neuem wieder frisch betrieben werden kann. Ueberhaupt ersuchen wir die Genossen von Schneeberg, Eisenfod und Schwarzenberg, kräftig mitzuwirken. Briefe und etwaige Unterstützungsgelder sind zu senden an Karl Heinrich Schäler in Frohnan.

Alle Arbeiterorgane werden hiermit um Abdruck dieser Correspondenz gebeten.

Schneeberg. Zu den vielen Ortschaften, wo Wahlbeeinflussungen gegen uns stattgefunden, ist auch Schneeberg mit Umgegend zu rechnen. Wir würden bedeutend mehr Stimmen auf unsern Abgeordneten Liebnacht vereinigt haben, wenn den Gegnern eben nicht jedes Kampfmittel recht gewesen wäre. Dazu kam noch, daß in Schneeberg allein gegen 60 Liebnachtwähler in der Wählerliste nicht verzeichnet waren, während von der Gegenpartei nur 3 nicht eingetragen waren. In Neustädtel wurden den Bergleuten auf den Gruben von Seiten der Offizianten Uhlmannzettel aufgedrungen, natürlich mit den nöthigen Ansprüchen. Ein einflußreicher Fabrikant der Stadt Aue that das Gleiche. Zu alledem kam noch, daß sich auch die löbliche Polizei gegen uns verschworen zu haben schien, indem sie einem Parteigenossen das Austragen von Stimmzetteln unterlagte, weil er im Gesicht nicht gut ausseh. Wir schickten sogleich einen zweiten, welchem es aber nicht besser erging, da er ein Ausländer sei, bei einem dritten lag ein ähnlicher Grund vor. Und so wie in Schneeberg ist es auch in vielen andern Orten zugegangen. Kann es da Wunder nehmen, wenn die Stimmzahl, die auf unsern Abgeordneten fiel, diesmal nicht so groß war?

Berlin, 3. Februar. Am 1. März findet hier die Verhandlung gegen die Schuhmacher-Gewerkschaft statt. Unter Anklage stehen Bod (Gotha) Seidemann, Klein und Unterzeichneter. Die Hauptbelastung hat Staatsanwalt Tessenborn darin gefunden, daß die bekannten sozialdemokratischen Agitatoren Most, Bernstein, Bod, Klinghard und Unterzeichneter in öffentlicher Schuhmacherverammlung politische Vorträge gehalten haben und am Schluß stets die Anwesenden aufgefordert, sich der Schuhmacher-Gewerkschaft anzuschließen. Also erklärt der große Staatsretter die öffentliche Versammlung mit der Gewerkschafts-Versammlung für identisch. Wir wollen den 1. März abwarten.

E. Szimath.

Heide, 31. Jan. Für die Centralwahlklasse sind ferner noch eingegangen: Aus Gemme durch Walther 25,00; Wesselsburen d. Walther 12,00; Stelle d. Peters 16,00; Tichenje d. Hoff 4,00; Tichenje v. Johannsen 1,00. Heinz. Off.

Wahlergebnisse.

In Folge unserer Aufforderung, amtliche Resultate der Wahlen mitzutheilen, schreibt man uns aus

Fork, 1. Februar. Betreffs der Zusammenstellung der Wahlfaktoren theile ich Ihnen folgendes Zahlenverhältnis von den Jahren 1874 und 1877 mit. Ein näherer Bericht betreffs der Agitation unsererseits und seitens der Gegner folgt nächster Tage. Im Jahre 1874 waren im Ganzen abgegeben 10,327 Stimmen. Davon erhielten: v. Puttkammer 6547, Otto Kapell 1677, Graf v. Brühl 1048, Hugo Polke 842, Dr. Joh. Jacoby 155. Im Jahre 1877 waren im Ganzen abgegeben 11,982 Stimmen. Davon erhielten: Otto Kapell 3752, v. Puttkammer 6581, Graf Brühl 1559. Die übrigen zerplitterten sich. — Noch ist zu bemerken, daß sich bei der letzten Wahl die Gewerksvereiner in's liberale Lager treiben ließen.

Ferner aus dem **1. nassauischen Wahlkreis.** Die Candidaten Schmidt (soz.), Brüning (nat.-lib.), Sensburg (Fortchr.), Waldersdorf (ultr.) erhielten beziehungsweise folgende Stimmenzahlen: Höchst 387, 1752, 507, 1252; Hochheim 3, 1341, 175, 1160; Homburg 11, 1436, 301, 404; Stadt Rödelsheim 140, 117, 155, 22; Königstein 202, 650, 578, 1970; Usungen 11, 2007, 1113, 868; Idstein 1134, 713, 1783; in Summa erhielt also Schmidt (soz.) 756, Brüning 8637, Sensburg 3542, Waldersdorf 7459 Stimmen. Ueber die engere Wahl die genauen Zahlen nächstens.

Würzburg, 1. Februar. Bezugnehmend auf die Aufforderung im „Vorwärts“ um Uebermittlung des amtlichen Wahlergebnisses gebe ich Ihnen Namens des Wahlvereins des arbeitenden Volks am Orte dasselbe hiermit kund: Wahlkreis Würzburg soz. 1441, Volksp. 329, ultr. 6331, lib. 4443, Vohr soz. 21, Aischaffenburg soz. 27, Kitzingen soz. 5, Neustadt a. S. soz. 3. Eingeschriebene Wähler im Wahlkreis Würzburg 17,437, abgegebene Stimmen 12,544, der Stimme enthalten 4893. Im Jahre 1874 erhielten wir im Wahlkreis Würzburg 720 Stimmen. Mit sozialdemokratischem Gruß
Wilh. Seubert.

Briefkasten

der Redaktion. D. in R.: Ihr Aufsatz ist durch die vorige Nummer erledigt. — J. M. in Bremen: Ihre Berichte werden aufgenommen. Betreffs des Preises wenden Sie sich direkt an Scherger. — D. in Sonneberg: Die Karte vom 15. d. haben wir nicht erhalten; Resultat in heutiger Nummer.

der Expedition. G. M. Schille: Ganz unmöglich; hier viel Leidensgefährten. Was soll aus gesandten 40 Pf. werden? — Hg. Fröberg i. B.: Bei erster Anfrage waren Stimmzettel nicht zu beschaffen. Nach Abgang der Depesche erhielten wir solche zufällig, deshalb depeschirten wir, daß Sie nicht dort drucken lassen sollten und sandten dann Pakete, das Sie mit 3,55 Porto wieder zurücksandten. — D. Schl. Gelle: P. T. ist auch in Berl. getessendortst. Mehr wissen wir nicht.

Aufforderung. Laut Beschluß der Sozialisten-Versammlung vom 28. Januar d. J. ergeht die Aufforderung an den Herrn Michael Chares, Schlosser, gebürtig aus Ostpreußen, hier, sowie in Altsiedel-Waldenburg seinen Verpflichtungen nachzukommen, wosöglich bis Ende Februar d. J., falls wir gezwungen wären, andere Schritte zu thun. Wir ersuchen alle Parteigenossen, die vielleicht mit genanntem Chares in Berührung kommen sollten, ihn auf dieses aufmerksam zu machen. Alle Partei-Organen werden gebeten, Vorstehendes abzufragen. Waldenburg in Sachsen, den 1. Februar 1877.
Die Agenten: Otto Dertel, Mittelstadt.
Rac Vohr, Altsiedel-Waldenburg.

Für eine sozialistische Genossenschaftsdruckerei wird ein sofort zu bezehendes Darlehen von 1500 bis 2000 Mark gesucht. Hypothekensichere Sicherheit vorhanden. Offerten sind an August Weib, Hamburg, Rödelsmarkt Nr. 12 zu senden.

Erntung. Wien Nö. 5,00, Rio Altona Nö. 28,45. Auf Frankfurt Nö. 8,00. Card Dargun Schr. 1,40. Arschmann Dortmund Nö. 1,20. Wnng Zeit Schr. 8,00. Wnng Delitzsch Nö. 5,00. Wnng hier Nö. 0,80. Wnng hier Nö. 1,60. Sparman Dresden Nö. 0,80. Wnng Rottweil Nö. 1,20. Hrnly Posersdorf Nö. 2,68. Hr hier Nö. 1,20. Wnng Rüdiger Schr. 11,75. Schl. Aus Schr. 8,50. Hbly Gröbzig Schr. 1,50. Wnng Gabeln Schr. 2,00. A. Brax Wridon Schr. 6,20. S. Strbl daselbst Nö. 108,30. Pölar Judentun Nö. 1,60. Arbeiterbildungsverein Judentun Nö. 1,99. Spar Wien Nö. 5,31. Engbach Nürnberg Schr. 1,50. Eil Schwab. Hall Schr. 7,20.

Wahlfonds.
Durch Rechenner hier Liste 92 2,50. Aus der Buchbinderei vom D. S. gesammelt durch W. 4,40.
Alle diejenigen, welche noch im Besitz von Sammelstiften sind werden ersucht, dieselben bis nächsten Sonnabend an P. Krebs, Ulrichsgasse 60 abzuliefern.

Anzeigen etc.

Annoucen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimm-Aufnahme finden sollen. Annoucen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Cöln. Donnerstag, den 8. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Erkelenz, Rämmergasse 18:
Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Neuwahl einer Zeitungscommission. Um zahlreiches Erscheinen der Gesinnungsgenossen ersucht
Der Einberufer. [70]

Frankfurt a. M. Abonnements auf die Parteiblätter „Vorwärts“, „Neue Welt“, „Roths Jahne“ u. s. w. werden zu jeder Tageszeit angenommen.
W. Knote, Kl. Eschenheimerstr. 45. [45]

Leipzig. Donnerstag, den 8. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im „Thüringer Hof“, Burgstr. 20:
Öffentliche Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Die direkte Gesetzgebung. Referent Kanert.
Der Agent. [70]

NB. Die Parteilisten sind vorzugeben.
Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei zu Berlin.

Eingetragene Genossenschaft.
Der Unterzeichnete macht hierdurch bekannt, daß die Antheil- oder Interimsscheine für im November und Dezember 1876 geleisteten Einzahlungen am heutigen Tage verhandelt sind.

Beim etwaigen Richtertreffen bitten wir zu reklamiren. Die in Berlin wohnhaften Mitglieder ersuchen wir, die betreffenden Scheine in unserem Bureau abzugeben.

Gleichzeitig machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß laut Generalversammlungsbeschluß von 1876 die monatlichen Beiträge nicht 50 Pfennig sondern 1 Mark betragen.

Neue Antheilscheine werden täglich in unserem Bureau

Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a
ausgegeben.
Der Vorstand:
F. W. Frische. Feinr. Markow.

Compagnon-Gesuch. Zu einem industr. Unternehmen (Patent) wird ein stiller od. thätig. Theilnehmer, im lehrten Hall am liebsten Schlosser oder Robelstfischer mit ungefahr 6000 M. gesucht. Entspr. Reingew. Offerten unter W. J. 1789 postl. Berlin, Gesundbrunnen. (B. 40) [1,20]

Sieben erschien:
Die

Märtyrer der Commune in Neucaledonien.

Berichte zweier Entwichenen.
Von
Paschal Groussot und Dr. Jourde.
Preis: 30 Pfennig.

Der Ertrag dieser deutschen Uebersetzung ist für die deportirten Communeards und deren Familien bestimmt.

Ein grauenhaftes Bild menschlichen Elends und menschlicher Niedertracht entrollen die Verfasser. Die wenigen Bogen bilden ein unvergessliches Denkmal der Schmach für die Feinde der Pariser Commune.

Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Jägerstraße 12/11.

Lissagaray, Histoire de la Commune de 1871

ist im französischen Original erschienen und vom Unterzeichneten zu 9 Mark zu beziehen. An Wiederverkäufer Rabatt.

Die deutsche Uebersetzung ist in Arbeit und wird in einigen Monaten erscheinen. Für Arbeiterkreise wird eine Ausgabe zu ermäßigtem Preise veranstaltet. [3,10]

Braunschweig, 30. Januar 1877.
(2a) W. Brack jr.

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verlag der Berliner Freia. Presse

Zur Uebernahme von Druck-Aufträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungsverk., Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. supplirt sich die

Verlag des Märkischen Volksfreund

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei (Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei solidem Preism. Druckwerk-Betrieb d. Doppel-Schneidpressen. — Acci-denten jeden Genossen: Karten, Circuläre, Avise etc.

VERLAGS-DRUCKEREI

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig
Redaktion und Expedition Jägerstraße 12/11 in Leipzig
Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig